

des Etats des Reichsamts des Innern fort. Bei dem Kapitel: Reichsgesundheitsamt begründet Abg. Baumbach (freis.) seinen Antrag auf die Zulassung der Frauen zur Approbation als Arzt. Das weibliche Geschlecht sei dem männlichen an Kapazität ebenbürtig, auf dem Kunstgebiete vielleicht sogar überlegen. Der von verschiedenen Seiten gemachte Einwurf, den Frauen des Mittelstandes fehle für den ärztlichen Beruf die notwendige Charakterfestigkeit zur Seilung Kranker, treffe nicht allgemein zu. Diese Charakterfestigkeit lasse sich anziehen. Die Erwerbsfähigkeit der Frau müsse erhöht werden. Der Beruf der Frau zum ärztlichen Studium ergebe sich aus ihren vorzüglichen Leistungen auf dem Gebiete der Krankenpflege. Das Jungferngelbete, daß Frauenkrankheiten von weiblichen Ärzten behandelt werden. Staatssekretär v. Boetticher erwidert, die Frage gehöre nicht zur Kompetenz des Reiches. Schon jetzt können Frauen ungehindert die Heilkunde ausüben. Aber zur ärztlichen Approbation sei die Reifeprüfung auf dem Gymnasium, sowie das Universitätsstudium nötig. Nur ein Eingriff in die Schulorganisation der Einzelstaaten könne daher die Approbation der Frauen ermöglichen. Das Reich könne nur die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium aussprechen. Wegen der Zulassung zur Gymnasialreifeprüfung müsse man sich an die Einzelstaaten wenden. Abg. Hartmann (konservativ) schließt sich den Ausführungen des Staatsministers von Boetticher an. Abg. von Bar (freis.) wünscht, daß in der ärztlichen Prüfungsordnung bestimmt werde, Frauen, welche auf außerdeutschen Universitäten studierten, können zur ärztlichen Prüfung in Deutschland zugelassen werden. Staatssekretär von Boetticher erwidert, dann müßten auch die Männer in der gleichen Lage zur Prüfung zugelassen werden. Aber schon jetzt seien unsere Ärzte Gegner des Zuzuges vom Auslande. Die Tendenz des Antrages Baumbach bekämpfe er keineswegs. Abg. Endemann (national.) lehnt den Antrag aus Zweckmäßigkeitsgründen ab. Wenn man die Frauen zum Arztberuf zulasse, würde der Konkurrenzkampf in diesem bereits überfüllten Berufe noch härter werden. Abg. Bebel befürwortet die Zulassung der Frauen zu allen wissenschaftlichen Berufen. Die Konkurrenzvermehrung dürfe nicht maßgebend sein. Auch die Arbeiter müssen die Konkurrenz der Arbeiterinnen ertragen. Abg. Höffel (Reichsp.) bekämpft den Antrag. Die Frauen ständen zu sehr unter dem Eindruck persönlicher Empfindungen, sie seien den Anstrengungen des Arztberufs nicht gewachsen. Auf Antrag des Abg. Rickert wird der Antrag Baumbach von der Tagesordnung abgesetzt. Die fernere Berathung soll mit der Erledigung der dieselbe Frage betreffenden Petitionen verbunden werden. Das Kapitel: Gesundheitsamt wird sodann angenommen. Bei dem Kapitel: Reichsversicherungsamt" bedauert Abg. Rösche (wild), daß 50 staatliche und 60 größere Kommunalbetriebe aus den Berufsgenossenschaften ausgetreten sind. Bundesbevollmächtigter Landmann erklärt, daß dem Austritten ein rechtliches Hindernis nicht entgegenstehe. Abg. Bismarck (Sozialdemokrat) behauptet, daß die Berufsgenossenschaften nicht genügend für die Unfallverhütung sorgen. Staatssekretär von Boetticher bemerkt gegenüber der Beschwerde des Abg. Auer, bei der zu erwartenden Revision der Unfallgesetzgebung werde eine schnellere Erledigung der Unfallangelegenheiten herbeigeführt werden.

Berlin, 23. Februar. Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 zugestimmt.

In der Generalversammlung des deutschen Bauernbundes sprachen noch über die politische Lage und über das konservative Programm Abg. Lutz-Baier und Graf von Thüngen-Rohbach, welcher folgende Resolution beantragte: "Die Generalversammlung des deutschen Bauernbundes erklärt, daß von jedem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland, bei dem die Landwirtschaft von Neuem bluten muß, als einem Unglück für die deutsche Landwirtschaft unter allen Umständen abzusehen sei und stellt an den Bundesrath und Reichstag die dringende Bitte, einem solchen die Zustimmung zu versagen." Die Resolution wurde unter lebhaftem Beifall angenommen.

Biegnitz, 22. Februar. Reichstags-Erswahl für den Wahlkreis Biegnitz-Haynau-Goldberg. Bisher sind gezählt: für Jungfer (freis.) 10,607 St., für Hertwig (Antifemite) 6586 St., für Rahn (Sozialdemokrat) 4952 St., für Graf Rothkirch (konserv.) 1363 St. Also Stichwahl zwischen Jungfer und Hertwig.

Die für den Reichstagsabgeordneten Ahlwardt hinterlegte Bürgschaft wurde der „Staatsb. Btg.“ zufolge, am Montag zurückgegeben, so daß von da ab mit der Rücksendung der einzelnen Beträge an die Geber begonnen werden kann. Das Blatt richtet indeß vorher an die Einsender die Frage, ob sie nicht von den eingesendeten Beträgen einen größeren oder kleineren Theil zur Sicherstellung der Familie des Rektors Ahlwardt bestimmen möchten. Dieser müsse, um in dem angedeuteten Sinne weiter wirken zu können, sein Amt als Rektor niederlegen, weil ihm von seiner vorgesetzten Behörde die Verfügung zugegangen ist, das Weichbild der Stadt ohne Urlaub nicht zu verlassen. Die von der „Staatsb. Btg.“ für die Familie Ahlwardts veranstaltete Sammlung hat die Summe von etwas über 8000 Mark ergeben, von der ein großer Theil für die durch den Prozeß entstandenen Unkosten, für Bedürfnisse der Familie Ahlwardts, sowie für einige andere nöthige Ausgaben verwandt werden mußte.

Berlin, 23. Februar. Der Antifemite Karl Paasch hat sich den früheren Verteidiger Ahlwardts, den Rechtsanwalt Hertwig, zu seinem Verteidiger in dem schwebenden Beleidigungsprozeß gewählt.

Der „Hamburger Korrespondent“ schreibt: „Das „Deutsche Adelsblatt“ hat — man weiß nicht recht, ob es ein, allerdings sehr geschmackloser, Fälschungscherz sein sollte — den Grafen Caprivi auf Freiers Füßen gehen lassen, und durch Berliner Blätter ist die Nachricht weiter verbreitet worden und so auch in unser Blatt gekommen. Wie uns aus Berlin berichtet wird, hat Caprivi nicht einmal die Ehre, die ihm als Braut angedichtete Dame auch nur dem Namen nach zu kennen.“ Die „Kreuztg.“ fügt hinzu, daß im „Deutschen Adelsblatt“ niemals eine solche Meldung gestanden hat. Von wo die Meldung in Wirklichkeit ausgegangen ist, scheint noch nicht ermittelt zu sein.

Dortmund, 22. Febr. Die Strafkammer verurtheilte heute der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge, den ehemaligen Bergmann und langjährigen Bergarbeiterführer Fritz Bunte wegen indirekter Aufforderung zum Ausstand in Bergarbeiter-Versammlungen zu Dortmund, Essen und Dorfeld zu einjährigem Gefängnis. Bunte wurde wegen Fluchtverdachts verhaftet.

Schweiz.

Der französische Botschafter Arago ist bei dem schweizer Bundesrath wegen angeblicher Beleidigung des Präsidenten Carnot vorstellig geworden. Carnot war in dem Basler Fastnachtzuge inmitten einer Gruppe von Panamaschwindlern mit einem riesigen 500,000 Franken-Cheek dargestellt worden, wenn auch der Artikel 42 des Bundesstrafrechts eine Beleidigung fremder Staatshäupter vorsieht, so glaubt man doch in offiziellen Kreisen, obgleich jener unzeitgemäße Scherz nicht gebilligt wird, daß in Anbetracht der Sachlage die Anzeigen gütlich beilegen lassen wird. — Nach der Basler Fastnacht 1889 hatte Fürst Bismarck einen Strafantrag beim schweizer Bundesrath gestellt, weil der Handelskommiss Schill die deutsche Regierung beschimpft habe; dieser wurde zu 800 Franken Buße verurtheilt.

Frankreich.

Paris, 23. Februar. Die Morgenblätter besprechen die Möglichkeit der Wahl Jules Ferrys zum Präsidenten des Senats, welche als nahezu gesichert gilt, als eines der bedeutungsvollsten Ereignisse der letzten Jahre. Die gemäßigten Organe äußern sich befriedigt über diese Möglichkeit, indem sie hervorheben, daß mit Jules Ferry an die Spitze des Senates und eines eventuellen Kongresses ein Mann von fester Sprache und Willenskraft treten würde. Die Radikalen nennen die Wahl Ferrys eine Herausforderung der öffentlichen Meinung. Die „Lanterne“ sagt, für Frankreich beginne ein furchtbares Abenteuer; die nationale Sicherheit sei niemals so sehr dem Verfall preisgegeben gewesen. Die konservativen Blätter betrachten Ferry nunmehr als den Rivalen Carnots. Der „Figaro“ betont, die unerwartete Rückkehr Ferrys auf die politische Scene bedeute eine Niederlage Carnots und Ribots, da Carnot offen die Wahl seines Freundes Magnin protegirt und Ribot entschieden die Wahl Ferrys bekämpft habe.

Rußland.

Petersburg, 23. Februar. Die Regierung wird demnächst die Schließung sämtlicher deutscher Gymnasialbibliotheken in den Ostseeprovinzen anordnen.

Portugal.

Lissabon, 22. Februar. Das Ministerium hat sich heute wie folgt konstituiert: Dinge Ribeiro:

Präsidentium und Auswärtiges; Franco Castello Branco: Inneres; Antonio Azevedo: Justiz; Oberst Pimentel Pinto: Krieg; Fuschini: Finanzen; Neves Ferreira: Marine; Bernardino Machado: Öffentliche Arbeiten. Die Minister werden morgen ihr Programm den Cortes vorlegen.

Bermischtes.

— G ö r l i g, 23. Februar. Bei der Ausfahrt des Diebauer Güterzuges aus der Station Dittersbach entgleisten zwei Zugmaschinen und acht Personenwagen. Der Lokomotivführer Schubart und ein Diebauer Bremser wurden leicht verletzt.

— (Eine Lawine im Riesengebirge.) Am 16. Februar ging am südöstlichen steilen Abhange des 1300 m hohen Fuchsbirges (Schneekoppe) unter donnerähnlichem Getöse eine Schneelawine von Kilometerbreite ins Thal hernieder. Es war eine sogenannte Staub- oder Rutschlawine. Die oben stehengebliebenen Schneewände von etwa 8 bis 12 m Höhe starren graufig zu Thal herab. Bei den riesigen Schneemassen sind weitere Abstürze und Rutschungen zu befürchten, und viele Höhenbewohner, besonders jene in den Brunnbergbauden, stehen in Gefahr.

— Der Geldverkehr der deutschen Reichspost stellt Summen dar, deren Größe wir uns kaum vorstellen können. 20,681 Millionen Mark wurden im Jahre 1891 durch die Reichspost befördert, wieder 553 1/2 Millionen mehr wie im Jahre vorher. Davon waren 15,237 1/2 Mill. Baarsendungen, 4769 Millionen Postanweisungsgelder, 567 1/2 Millionen Postaufträge und etwas über 107 Millionen Postnachnahmesendungen. Postanweisungen sind auf telegraphischem Wege zur Auszahlung überwiesen worden 29 1/2 Millionen Mark, gegen 25 1/2 Millionen im Jahre 1890.

— Weihenburg (Elsaß), 22. Februar. Wegen Verweigerung des Gehorsams und Thätlichkeiten gegen einen Interoffizier außerhalb des Dienstes sind hier zwei Soldaten des 60. Infanterie-Regiments zu 5 resp. 10 Jahren Festung verurtheilt worden. Die Trunksucht, in der sich die Soldaten befanden, wurde als erschwerender Umstand in Betracht gezogen.

— Trier, 23. Februar. Eine große Feuersbrunst zerstörte die Drahtzieherei des Wendelschen Eisenwerkes in dem Dorfe Großmoyenore bei Driedenhofen. Der Schaden beläuft sich auf 1 Million Mark.

— Kopenhagen, 23. Februar. Der Dampfer „Jatoff Prosoroff“ aus Lübeck, Kapitän Herlich, mit Eisenerz von Oxelsund (Schweden) nach Rotterdam bestimmt, war 42 Tage auf See. Die Mannschaften nährten sich in den letzten 32 Tagen von Kartoffeln und Wasser. Der Dampfer ist gestern 9 Meilen östlich von Wden gesunken. Die aus 16 Mann bestehende Besatzung landete gestern Abend in schlechtem körperlichen Zustande.

— Kopenhagen, 23. Februar. Heute früh brach in dem Häuserkomplex am Königs-Neumarkt, in welchem sich viele Werkstätten und Waarenlager befinden, ein großes Feuer aus, welches jetzt mit Hilfe von 4 Dampfspitzen und mit Unterstützung von Militär und Marine bewältigt ist, aber sehr großen und noch gar nicht zu übersehenden Schaden angerichtet hat. Drei Feuerwehrleute wurden leicht verwundet.

— Lissabon, 22. Februar. Der berühmte portugiesische Afrikanforscher de Andrada ist nach einer Nachricht aus Zanzibar im Fambugebiete von Eingeborenen ermordet und aufgefressen worden.

— Amsterdam, 22. Februar. Auf Ansuchen der preussischen Behörden ist hier ein 73-jähriger Mann Namens de Mettin verhaftet, welcher seit dreißig Jahren Leichtgläubige ausbeutete, indem er namentlich in deutschen Zeitungen eine Millionenerbschaft ausbot, wobei er mit gefälschten Dokumenten operirte. Eine um 15,000 Mk. betrogene Hamburger Dame zeigte den Schwindler an, worauf seine Verhaftung erfolgte.

— Konstantinopel, 23. Februar. In der an der asiatischen Küste Konstantinopel gegenüber gelegenen Vorstadt Kadiköi wurden durch eine heute früh 3 Uhr ausgebrochene Feuersbrunst 500 Häuser des türkischen und des griechischen Viertels eingäschert. Das deutsche und das englische Viertel blieben verschont. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

— Chicago, 22. Februar. Alle Weichensteller der Chicago-Western-Indiania-Eisenbahn streiken wegen der Verweigerung einer Lohn-erhöhung. Der Waarenverkehr der Eisenbahn ist unterbrochen.